

Frau Claudia Hohensee

auch Protokollführung

entschuldigt fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Schröder

CDU

PIEnUM

weitere beratende Mitglieder

Herr Diethard Dehnert

Die Zwischenahner

WuFT

Weitere Hinzugezogene Personen

Herr Schwarz, Büro SINAI

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Einwohnerfragestunde | 3 |
| 3. | Bewerbung zur Landesgartenschau 2030
Vorlage: BV/2024/099 | 3 |
| 4. | Anfragen und Hinweise | 4 |
| 5. | Einwohnerfragestunde | 5 |

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Frau Imkeit eröffnet die gemeinsame Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

2 Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

3 Bewerbung zur Landesgartenschau 2030
Vorlage: BV/2024/099

BM Dierks führt ausführlich unter Bezugnahme auf die Beschlussvorlage in die Thematik ein. Es gehe heute um die Bewerbung der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2030. Er betont ausdrücklich, dass man sich derzeit noch in der Konzeptphase befinde. Sollte der Zuschlag für die Ausrichtung der Landesgartenschau auf die Gemeinde Bad Zwischenahn fallen, würden die ausgearbeiteten Ideen der Machbarkeitsstudie in die Realität umzusetzen sein. Dazu würden die aufgezählten „Kulissen“ weiter geplant werden.

Anschließend übergibt BM Dierks das Wort an Herrn Schwarz vom Büro SINAI, der mit seinem Team in Berlin und mit Unterstützung durch die Gemeinde, der Touristikgesellschaft und den Park der Gärten eine Konzeption und eine Machbarkeitsstudie für die Landesgartenschau ausgearbeitet hat. Die Machbarkeitsstudie sei Voraussetzung für die Bewerbung um die Landesgartenschau, die bis zum 01. November 2024 beim Land Niedersachsen eingereicht werden müsse.

Von Herrn Schwarz wird die Machbarkeitsstudie, die als Anlage der Beschlussvorlage beigefügt wurde, für die Landesgartenschau ausführlich erläutert. Im Ergebnis werde vom Büro SINAI empfohlen, dass sich die Gemeinde Bad Zwischenahn für die Ausrichtung der Landesgartenschau 2030 bewerben sollte.

In der sich anschließenden Aussprache wird einmütig festgestellt, dass die erneute Ausrichtung einer Landesgartenschau in Bad Zwischenahn grundsätzlich eine tolle Sache sei, die unterstützt werde. Eine solche Veranstaltung bringe Vieles in Bewegung und die Gemeinde könne davon profitieren.

AM Frau Fischer-Sordon befürwortet die Bewerbung ausdrücklich und macht darauf aufmerksam, dass auch für den Fall des „Scheiterns“ der Bewerbung die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie nicht umsonst gewesen sei. Sie stelle auch so eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung der Gemeinde dar.

AM Wengelowski führt aus, dass die im Verkehrskonzept mögliche temporäre Sperrung der Elmendorfer Straße in der Durchsetzung schwierig werden könnte. Es seien klare, eindeutig erkennbare Regelungen/Verkehrsführungen notwendig.

Auch AM El Scheich sieht durch die LGS viele Vorteile für die Gemeinde. Insbesondere die Gastronomie und die Hotellerie könnten profitieren. Wobei der Ort bei 700.000 bis 800.000 prognostizierten Besuchern sicherlich „gefordert“ werde. Hinsichtlich der Gartenstadt habe er noch Vorbehalte. Er fragt nach dem ursprünglich für Rostrup geplanten bezahlbaren/sozialen Wohnungsbau.

AL Gronde antwortet, dass es in Rostrup sehr wohl in der nahen Zukunft weiteren bezahlbaren/sozialen Wohnungsbau geben werde. Die Bauleitplanung für das ehemalige Gelände des Bundeswehrkrankenhauses berücksichtige diesen Aspekt. Dazu gebe es entsprechende Vereinbarungen mit den Investoren. BM Dierks ergänzt, dass es sich hierbei zunächst um 20 Wohneinheiten handeln werde. Aber auch in der Gartenstadt solle der soziale Aspekt beim Wohnungsbau Berücksichtigung finden.

AM Gunda Bruns fragt nach den zukünftigen Breiten der Wande- und Fahrradwege. Außerdem nach der Anzahl der E-Bikes, die den Besuchern der LGS leihweise zur Verfügung gestellt werden sollen. Hinsichtlich der Kosten für den Neubau der Kulturhalle/Wandelhalle habe sie Bedenken. Nach ihrer Meinung sei dafür kein Bedarf vorhanden und der Betrieb könne i. E. nicht kostendeckend geführt werden. Sie verweist

außerdem auf die zusätzlichen im Zusammenhang mit den anstehenden großen Baumaßnahmen (Entwicklung des Plangebietes BP 156, Neubau der Förderschule) entstehenden Verkehrsströme.

Sie befürchtet, dass es zu Konflikten kommen könnte.

Zu den Breiten der Wander- und Fahrradwege antwortet BM Dierks, dass es sich bei den betroffenen Wegeflächen in großen Teilen um gemeindeeigene Flächen handele. Eine Verbreiterung sei dort möglich. Gespräche mit der Unteren Naturschutzbehörde seien bereits erfolgt. Auch mit den Eigentümern der privaten Wegeflächen habe man erste Gespräche geführt und Bereitschaft signalisiert bekommen.

Darüber, wie breit die Wegeverbindungen im Einzelnen ausgebaut werden würden, könne derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Das gelte auch für die Anzahl der zukünftigen Leih-E-Bikes. Hierzu gebe es noch keine Detailplanungen.

Hinsichtlich der Kulturhalle antwortet BM Dierks, dass es sich sicherlich um eine beachtliche Investition handele. Im Falle der Ausrichtung der LGS sei das jedoch eine einmalige Chance, die man nutzen sollte. Mit Fördermitteln sei ein Neubau möglich und finanzierbar. Das Vorhalten einer größeren Veranstaltungshalle sei im Übrigen Voraussetzung den „Bad-Status“ für Bad Zwischenahn zu erhalten. Der jetzige bauliche Zustand der Wandelhalle erfordere zudem ebenfalls Investitionen in der Zukunft. Er appelliert, die Chance auf den Neubau der Kulturhalle zu nutzen.

Was die sonstigen „Großbaustellen“ in Rostrup angehe, sehe der BM keine unlösbaren Probleme mit dem Verkehrsaufkommen zur Landesgartenschau. Der Schulneubau sei an Fristen gebunden, die eine Fertigstellung vor 2030 mit sich brächten. Auch die übrige Bebauung im Plangebiet des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 156 werde bis dahin fertig gestellt. Gerade das geplante Hotel und die Ferienhäuser, so BM Dierks, würden zudem von der Landesgartenschau profitieren.

AM Frau Maria Bruns betont, dass durch die Landesgartenschau eine Verbesserung des Wohnumfeldes in und um Bad Zwischenahn erfolgen werde. AM Dr. Martin ergänzt, dass die LGS eine tolle Entwicklungschance für den Ort sei.

Nach weiterer Diskussion wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Gemeinde Bad Zwischenahn bewirbt sich um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2030.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

- 66, 61 -

4 Anfragen und Hinweise

Keine Wortmeldungen.

5 Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

AV Frau Imkeit schließt die Sitzung.

Imkeit
Ausschussvorsitzende

de Boer
Fachbereichsleiter

Hohensee
Protokollführerin